Mamishaus, 2. Mai 2022

An die
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
des Kantons Bern
Reiterstrasse 11
3011 Bern

Einschreiben

Beschwerde gegen den Gesamtbauentscheid der Hochbau- und Raumplanungskommission Schwarzenburg vom 31.März 2022 betreffend Erteilung der Baubewilligung für den Mobilfunksender SWMA (Neubau) von Swisscom am Senderweg 18 in 3152 Mamishaus.

Der Gesamtbauentscheid befindet sich in Beilage 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gegen den obgenannten Gesamtbauentscheid erheben wir fristgerecht Beschwerde mit folgendem

Antrag

Der Gesamtbauentscheid sei ungültig zu erklären und aufzuheben

Ev. Sei der Gesamtbauentscheid an die Hochbau- und Raumplanungskommission Schwarzenburg zurückzuweisen, mit der Auflage, sich die nötigen Fachkenntnisse zu beschaffen und anschliessend die Einsprachen und Repliken rechtsgenügend zu würdigen und in die Erwägungen einzubeziehen.

Ev. Sei das Verfahren infolge Voreingenommenheit der Hochbau- und Raumplanungskommission Schwarzenburg zur Neubearbeitung an das

zuständige Regierungsstatthalteramt zu überweisen.

Legitimation

Die Unterzeichnenden sind innerhalb des für diese Anlage gültigen, bundesrechtlich festgelegten Einspracheradius **von 1311.8m** wohnhaft und haben am vorinstanzlichen Verfahren teilgenommen. Sie sind deshalb zur Führung von Beschwerden in dieser Sache legitimiert.

Nach Rücksprache mit unserem technischen Sachverständigen erfolgt folgende

Begründung

Die Rechte der 150 Einsprechenden werden mit Füßen getreten.

In der Juristensprache: «Das rechtliche Gehör wird verweigert»

A) Durch Unterlassene Abklärung des Sachverhalts, Unterdrückung von Beweismitteln, absichtlich falsch durchgeführter erster Schriftwechsel, Verweigerung der Durchführung eines zweiten Schriftwechsels, sowie weiterer Willkür.

Der in Art. 29 Abs. 2 der Bundesverfassung garantierte Anspruch auf rechtliches Gehör räumt den Parteien in einem Gerichts- oder Verwaltungsverfahren das Recht ein, mit erheblichen Beweisanträgen gehört zu werden

Noch genauer umschrieben im BGE 138 V125 E.2.1:

2.1 Der in **Art. 29 Abs. 2 Bundesverfassung** garantierte Anspruch auf rechtliches Gehör räumt dem Betroffenen das persönlichkeitsbezogene Mitwirkungsrecht ein, erhebliche Beweise beizubringen, mit solchen Beweisanträgen gehört zu werden und an der Erhebung wesentlicher Beweise mitzuwirken. Dem Mitwirkungsrecht entspricht die Pflicht der Behörden, die Argumente und Verfahrensanträge der Parteien entgegenzunehmen und zu prüfen, sowie die ihr rechtzeitig und formrichtig angebotenen Beweismittel abzunehmen.

Die Hochbau- und Raumplanungskommission von Schwarzenburg hat indessen

die von den Einsprechenden formrichtig und rechtzeitig vorgebrachten Beweisanträge (Einsprache und Replik) offensichtlich nicht geprüft, das heisst aus Mangel an Fachkenntnis in der Funktechnik, gar nicht prüfen können, was sie sogar offiziell zugibt, sondern hat sich auf einen minimalistischen Amtsbericht (Textkonserve) der Fachstelle Immissionsschutz des Amtes für Umweltschutz des Kantons Bern verlassen. Welcher bereits 12 Tage vor Eintreffen unserer Einsprache (eingereicht am 30. August) also in völliger Unkenntnis unserer Argumente erstellt worden ist.

Unsere umfangreiche, 13-seitige, Replik vom 26. November auf die Einspracheantwort der Swisscom, unsererseits mit mindestens 6 gut begründeten Rügen, immer mit entsprechendem Beweismaterial untermauert, wurden weder an die Bauherrschaft, noch an das kantonale Amt für Umweltschutz, noch an die kantonale Fachstelle für Immissionsschutz, noch an weitere Verfahrensbeteiligte zur Stellungnahme weitergeleitet. Das heisst, ein zweiter Schriftwechsel wurde klar verweigert.

Da uns von vorangehenden Verfahren die «Arbeitsweise» und die Voreingenommenheit der Hochbau- und Raumplanungskommission Schwarzenburg bekannt war, Einsprachen und Repliken welche Mobilfunk-Sendeanlagen betreffen, weder zur Kenntnis zu nehmen, geschweige denn anlässlich von Kommissionssitzungen ordnungsgemäss zu besprechen, sahen wir uns zu dem aussergewöhnlichen Schritt gezwungen, unsere Replik vom 26. November nicht nur an offizielle Adresse der Kommission zu verschicken, sondern auch noch an die Wohnadressen der Kommissionsmitglieder. Es sollt sich später kein Kommissionsmitglied mit dem Hinweis, von den aus unserer Sicht menschenverachtenden Zuständen im Schweizer Mobilfunkwesen nichts gewusst zu haben, aus der Affäre ziehen können.

Nichtsdestotrotz wurden alle Einsprachepunkte unter Kapitel III Materielles, mit folgenden lapidaren Sätzen abgetan;

Zitat (buchstabengetreu):

2. Zu den Punkten B) - F) können die Baubehörden nicht beurteilen, da ihnen das Fachwissen fehlt. Um die Datenblätter zu überprüfen, wurde das Baugesuch an das Amt für Umwelt und Energie, Abteilung Immissionsschutz zur Stellungnahme weitergeleitet. Der Fachbericht liegt vor.

*Die Einspruchepunkte werden als öffentlich-rechtlich unbegründet beurteilt.
3. Die ausführliche Prüfung der Baugesuchsunterlagen hat ergeben, dass das Bauvorhaben die Voraussetzungen von Art.2 Baugesetz erfüllt. Die Baubewilligung ist zu erteilen. Alle auf das Bauvorhaben anwendbaren Vorschriften sind eingehalten resp. können mit Bedingungen und Auflagen eingehalten und die erforderlichen Ausnahmen erteilt werden. Ende Zitat.*

Kommentar: Wir nehmen an, dass mit «Baubehörden» die Hochbau- und Raumplanungskommission sich selber beschreibt und dass mit Datenblätter die Standortdatenblätter gemeint sind.

Wenn die Hochbau- und Raumplanungskommission schon offiziell zugibt, nicht einmal über das minimal nötige Fachwissen zu verfügen, um die Standortdatenblätter zu prüfen, die das Fundament jedes Antennenbaugesuchs bilden, dann sei die Frage erlaubt, wie dann diese Kommission feststellen kann, ob ein Fachbericht glaubhaft ist und ob ein Einspruchepunkt öffentlich rechtlich unbegründet ist. Ein Fachbericht, der notabene 12 Tage vor Eintreffen unserer Einsprache sowie in völliger Unkenntnis unserer Argumente erstellt worden ist.

Auf die 13-Seitige Replik auf die Einspracheantwort der Swisscom resp. auf unsere Schlussbemerkungen vom 6. November 2021 wurde von der Hochbau- und Raumplanungskommission gar nicht mehr eingetreten. Respektive es lässt sich im Gesamtbauentscheid unter Kapitel I Sachverhalt, nur noch ein einziger Satz finden.

Zitat: *«Mit Schreiben vom 26. November macht die Einspruchepartei massive Vorwürfe an alle am Verfahren beteiligten.»* Ende Zitat

Das ist alles was die Hochbau- und Raumplanungskommission auf 13 Seiten angeblich massiver Vorwürfe zu entgegnen gedenkt, oder überhaupt zu entgegnen weiss. Unseres Erachtens liegt hier eine noch krassere Verweigerung des rechtlichen Gehörs vor, als bei unserer Einsprache vom 27. August 2021

B) Weiterhin gültige Dokumente

Da die verantwortliche Hochbau- und Raumplanungskommission Schwarzenburg offensichtlich wegen Mangel an Fachkenntnissen in der Funktechnik und aus Voreingenommenheit weder in der Lage, noch gewillt war, unsere Einsprache vom 27. August 2021 sowie unsere Replik vom

26. November 2021 rechtsgenügend zu beantworten, betrachten wir diese 2 Dokumente für den weiteren Verfahrensverlauf weiterhin als Grundlage für die Bearbeitung durch die Kantonale Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion.

Wir erachten es nicht als sinnvoll, diese 25 Seiten Text hier einzufügen, sondern liefern diese als separate Beilagen.

Die Einsprache vom 27. August befindet sich in der Beilage 2 und die Replik vom 26. November 2021 in der Beilage 3

Einzig beim Ausstandsbegehren gegen den Amtsinhaber der Fachstelle Immissionsschutz des Amtes für Umwelt, müssen wir eine Korrektur machen. Da dieser in der Zwischenzeit pensioniert wurde, hat das Bundesgericht befunden, dass das Ausstandsbegehren nicht wie von uns beantragt, auf dessen Nachfolger resp. auf das gesamte Amt für Umwelt erweitert werden könne. Das Bundesgericht hat demnach nicht in der beklagten Sache entschieden, sondern nur zur Beschwerdeform. Es bleibt also weiterhin völlig offen, ob die Fachstelle Immissionsschutz des Amtes für Umwelt als neutrale Gutachter eingesetzt werden kann. Urteil Nr. 1C_678/2021

C) Besonderes zur Zonenkonformität

In Kapitel III, Materielles unter Ziffer 1, behauptet die Hochbau- und Raumplanungskommission, das Projekt befinde sich gemäss Zonenplan der Gemeinde Schwarzenburg vom August 2009 in der Zone für öffentliche Nutzung und das Projekt sei somit zonenkonform.

Und unter Ziffer 2: Es gäbe keine Vorschriften, die hier eine Mobilfunkanlage unmöglich machen würden.

Das sind Behauptungen, welche die Kommission klar wider besseres Wissen vorbringt.

Art 7. Gemeindebaureglement über diese Spezialzone lautet:

Zone 15 mit Zweckbestimmung:

Lager für Museum und Kommunikation (Lagerung, Instandstellung und Wartung von Museumsgegenständen)

Beweismittel: Baureglement Beilage 4

Diese Spezialzone steht seit der grossen Ortsplanungs-Revision, welche von der Gemeindeversammlung vom 8. Dezember 2008 genehmigt wurde, im

Gemeindebaureglement der Gemeinde Schwarzenburg. Wie diese Spezialzone zu Stande kam, geht aus keinem der Dokumente zu dieser Ortsplanungsrevision hervor. Infolgedessen muss diese Spezialzone schon früher entstanden sein, oder diese wurde elegant an der Öffentlichkeit vorbeigeschmuggelt?

Fakt ist, dass die Spezialzone 15 mit der Zweckbestimmung «Lager für Museum und Kommunikation (Lagerung, Instandstellung und Wartung von Museumsgegenständen)» in den offiziellen Dokumenten zur Ortsplanungsrevision resp. zur Gemeindeversammlung vom 8. Dez. 2008 mit keiner Silbe erwähnt ist.

Die Herausgabe weiterer Dokumente, wie Sitzungsprotokolle der Hochbau- und Raumplanungskommission aus dieser Zeit zu diesem Thema werden den Beschwerdeführenden indessen verweigert. Respektive die Beschwerdeführenden werden auf die Zeit nach dem Eingabetermin dieser Beschwerde vertröstet.

Beweismittel: Mailwechsel in Beilage 5

Nach mündlicher Überlieferung damaliger Behördenmitglieder wurde diese Zonenplan-Änderung nach Art.19 Baugesetz, das heisst mit einer speziellen Überbauungsordnung für das Gelände des ehemaligen Kurzwellensenders , lediglich dazu geschaffen, um dem Museum für Kommunikation den Bau einer Einstellhalle für museumsreife Fahrzeuge zu ermöglichen.

Zusätzlich musste für das ebenso mitten in der Landwirtschaftszone gelegene ehemalige Betriebsgebäude des Kurzwellensenders Schwarzenburg von Schweizer-Radio International, die Instandstellung und Wartung von Museumsgegenständen legalisiert werden, ansonsten diese nur in einer Industrie, resp. Gewerbezone hätten angesiedelt werden dürfen.

Die geplante Mobilfunk-Sendeanlage ist weder ein Museumsobjekt, noch ein museumsreifes Fahrzeug, sondern eine auf Kommerz ausgerichtete zukünftige Industrie-Anlage, welche umweltschädigende Emissionen erzeugt und hat somit hier keinerlei Anspruch auf eine Baubewilligung.

Dazu muss man vorerst einmal die Geschichte des ehemaligen Kurzwellensenders von Schweizer Radio International, mit Standort auf der Ebene von Mamishaus kennen.

Im Jahr 1987 begann es der Anwohnerschaft langsam zu dämmern, woher die

übermässige Zahl an Krebsfällen, depressiven Erkrankungen und schweren Schlafstörungen stammten. Eine Anfangs der 90er Jahre durchgeführte, gross angelegte Studie der Universität Bern bestätigte den Zusammenhang der Leiden der Bevölkerung mit der vom Kurzwellensender abgestrahlten, elektromagnetischen, hochfrequenten Strahlung. Selbst dann noch, als in dieser Studie alles nur Mögliche, zwecks Verharmlosung und Verwässerung der Fakten angewendet wurde, konnte der Zusammenhang nicht mehr länger abgestritten werden. Als im Jahre 1995 die damalige Telecom nichts Gescheiteres mehr wusste, als ein 15-Millionenprojekt mit 2 neuen Antennenanlagen mit 5-fach höherer Sendeleistung aufzulegen, kam es zu einem wahren Volksaufstand. Der Kurzwellensender war selbst mit den Drohgebärden der Landesregierung mittels Panzer- und Luftlandeübungen, nicht mehr zu halten. Die Sende- und Antennenanlagen mussten im Jahre 1998 stillgelegt und ersatzlos abgebrochen werden.

Aus dieser Geschichte geht zweifelsfrei hervor, dass die Bevölkerung im Jahre 2008 oder früher dieser Zonenplanänderung niemals zugestimmt hätte, wenn damit wiederum ein Bau einer neuen Sendeanlage hätte ermöglicht werden sollen.

In Schwarzenburg hat seit jeher eine kleine, ideologisch gefärbte Minderheit bestanden, diese Geschichte rasch möglichst vergessen zu lassen oder damit sogar Geschichtsfälschung zu betreiben. Offensichtlich scheinen die Mitglieder Hochbau- und Raumplanungskommission Schwarzenburg zu dieser Minderheit zu gehören oder mit dieser zu sympathisieren.

Mit der Erteilung der Baubewilligung vom 31. März 2022 liegt von Seite der Hochbau- und Raumplanungskommission ein klarer Verstoss gegen Treu und Glauben und von Seiten der Bauherrschaft ein krasser Wortbruch vor.

Bezeichnend für das Verhalten der Kommission und des Gemeinderates ist, dass sich diese bis heute weigern, die Sitzungsprotokolle herauszugeben, welche im Jahre 2008 oder früher zu dieser Zonenplanänderung respektive Überbauungsordnung geführt haben.

Die Einsichtnahme in diese Protokolle wurde mehrmals mündlich und in unserer Replik vom 26. November 2021 auch noch schriftlich beantragt.

Beweisantrag an den Rechtsdienst der BVD: Es seien sämtliche

Sitzungsprotokolle und Schriftwechsel, welche zu der Zonenplanänderung für die Spezialzone 15 mit der Zweckbestimmung «Lager für Museum und Kommunikation (Lagerung, Instandstellung und Wartung von Museumsgegenständen)» geführt haben, bei der Gemeindeverwaltung Schwarzenburg einzufordern und zu berücksichtigen. Nötigenfalls seien dazu ehemalige Behördenmitglieder zu befragen.

D) Nachtrag zum Kapitel Gesundheitsschäden

Bereits in unserer Einsprache vom 27. August 2021 haben wir unter Kapitel B) «Technische Daten der geplanten Anlage» auf folgende Fakten hingewiesen:

Der amtliche Strahlungs-Grenzwert für Daueraufenthalt von Menschen, der sogenannte Anlage-Grenzwert, beträgt für diese Anlage 5 V/m (Volt pro Meter) Dieser Wert wird in den 3 Hauptsenderrichtungen im Freien erst ab einer Distanz von 135m unterschritten.

Zwischen den Hauptsenderrichtungen, infolge von 5G, nie in weniger als nach 95m. Auf landwirtschaftlich tätige Personen wird demnach keine Rücksicht genommen.

Im Weiteren werden folgende Werte erreicht:

Elisried Fultigenstrasse	1.4V/m	(Distanz 491m)
Tännlenen Turnhalle/Kindergarten	2.0V/m	(Distanz 324m)
Hostatt Thunstrasse	2.4V/m	(Distanz 284m)

Nachtrag dazu:

Beim Kurzwellensender Schwarzenburg von schweizer-Radio-International gab es 5 Hauptsenderrichtungen. Fern-Ost, Nah-Ost, Afrika, Südamerika, Nordamerika. Diese wurden so dem Sonnenstand nachgeführt, dass die Sendungen immer abends im Zielgebiet eintrafen. Mit Ausnahme von Afrika. Da gab es auch Morgensendungen. Das heisst, keine der Hauptsenderrichtungen war täglich mehr als 6 Stunden im Betrieb. Die Strahlenbelastung betrug in Momentan Werten gemessen auf der Ebene von Mamishaus nicht über 4V/m (Volt pro Meter). Hierzu liegen genügend Beweise in Form von Messresultaten der ETH Zürich und übereinstimmende Messungen von privater Seite vor.

Für Gesundheitsschäden müssen wir jedoch die Dosimetrie anwenden.

Die Dosis macht das Gift. In diesem Fall: Strahlungsintensität multipliziert mit der Zeit.

Das heisst für Elisried Fultigenstrasse:

Kurzwellensender 6h mit 4V/m, ergibt eine Tagesdosis von total 1V/m über 24 Stunden gemittelt.

Mobilfunksender 24h mit 1.4V/m ergibt eine Tagesdosis von 1.4V/m über 24 Stunden gemittelt.

Das heisst für das Gebiet Tännlenen (Wohnungen):

Kurzwellensender 6h mit 4V/m ergibt eine Tagesdosis 1V/m über 24 Stunden gemittelt.

Mobilfunksender 24h mit 2V/m, ergibt eine Tagesdosis von 2V/m über 24 Stunden gemittelt.

FAZIT: Die Anwohner im Einspracheradius von 1312m haben eine um das 1.5 bis 2-Fach höhere Strahlungs-Dosis zu erwarten als seinerzeit beim Kurzwellensender.

Erklärbar auch noch durch die Tatsache, dass beim ehemaligen Kurzwellensender die Strahlenkeule die Häuser in einer Höhe zwischen 60 und 120m überquerte und im Gegensatz dazu beim Mobilfunk die Strahlenkeule direkt in die Häuser hinein gerichtet wird. Letzteres extrem stark gebündelt beim Funkdienst 5G.

Die Unterzeichnenden erwarten, dass sie ihre durch Bundes- und Kantonsverfassung garantierten Rechte zurückerhalten und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Beilagen

- B1 Beanstandeter Gesamtbaumentscheid
- B2 Unsere Einsprache vom 27. August 2021
- B3 Unsere Replik vom 26. November 2021
- B4 Baureglement-Wahlern vom 6. Juli 2010
- B5 Mailwechsel vom 9./12./13./19./20./21. April 2022